

# Landtag spricht klares Verdikt gegen Verfassungsänderung aus

Acht Abgeordnete sprachen sich gestern Abend für die Verfassungsinitiative von «HalbeHalbe» aus. Damit kommt sie vor das Volk.

Die Verfassungsinitiative des Komitees «HalbeHalbe» soll den Artikel 31, Absatz 2 der Landesverfassung um einen Satz ergänzen: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert». Mit dieser «Massnahme» stiess das Komitee gestern Abend zumindest im Landtag auf taube Ohren. Die Absicht hingegen, die faktische Gleichstellung von Männern und Frauen in politischen Gremien zu fördern, begrüsst alle Abgeordneten. Am Ende stimmten lediglich acht Abgeordnete der Initiative zu. Damit darf nun das Volk über die Initiative abstimmen.

## «Gerichte könnten zum Ersatzgesetzgeber werden»

Daniel Seger von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) eröffnete die Diskussion mit seinem Votum. Er begrüsst die Initiative ohne Widerworte und war damit am gestrigen Abend nicht unter der Mehrheit. Laut Seger erhalte der Gesetzgeber einen Auftrag, die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern zu fördern. Bezüglich der Massnahmen soll der



Gunilla Marxer-Kranz: «Dass wir Frauen noch im Hintertreffen sind, liegt nicht an der Verfassung oder Gesetzen.» Bild: Daniel Schwendener

Gesetzgeber dann frei entscheiden können: «Diesem Spielraum kann ich viel abgewinnen», erklärte Seger. Ein anderer Spielraum war es, der vor allem auch Regierungschef Adrian Hasler zuwiderlief. «Mit dem Vorschlag besteht die Gefahr von Regelungskonflikten», erklärte er. Dies, einerseits weil der Zusatz seiner Meinung nach nicht in die Grundrechte gehöre, und andererseits auf-

grund des Wortlauts. Solche klassischen Bestimmungen seien normalerweise nicht passiv formuliert, sondern es werde ein Adressat, hier der Staat, genannt. Das zeigten auch die Bestimmungen in Österreich oder der Schweiz. «Es besteht die Gefahr, dass die Gerichte in der Folge die Deutungshoheit über den Zusatz übernehmen und dadurch zum Ersatzgesetzgebenden werden», erklärte Has-

ler und ergänzte: «Der vorgeschlagene Verfassungszusatz bringt keinen Mehrwert, aber sehr viele Unsicherheiten.» Er befürchte, dass damit künftig ebenfalls eine Geschlechterquote geschaffen werden könnte.

## «Es braucht mehr konkrete Mittel»

Auch Christoph Wenaweser (VU) sieht im Verfassungszusatz, dass die «Quote durch die Hintertür» kommt. Und das wäre seiner Meinung nach noch undemokratischer als die Quotenregelung selbst, weil sie dann eben vom Verfassungsgericht selbst erzwungen werde. «Ich hätte es als angezeigter empfunden, sich mit den politischen Parteien zusammensetzen, um konkrete Massnahmen zu entwickeln und diese voranzubringen, anstatt in lange geheim gehaltener Mission eine solche Initiative zu ersinnen», erklärte er. Wenaweser kam sogleich mit neuen Ideen um die Ecke. So erklärte er, dass aufgrund des enormen Arbeitsaufwandes über kurz oder lang die Zahl der Landtagssitze von 25 auf 35 erhöht werden müsse. Jene zehn Sitze könnten dann

für eine oder zwei Legislaturperioden von Frauen besetzt werden. Ausgereift sei die Idee aber nicht, fügte er an. Wenaweser erklärte: «Klar ist auf jeden Fall, dass mein Nein zu dieser Initiative kein Nein zur Förderung der Frauen in der Politik ist, aber es braucht konkretere und mit mehr Erfolgsaussichten versehene Mittel.» Mit dem gingen einige Votanten einig. Auch Landtagspräsident Albert Frick, der «effiziente Schritte» forderte.

Georg Kaufmann von der Freien Liste widersprach dieser Haltung: «Die Aussage ist sehr effizient und wird mittelfristig Auswirkungen auf die Gesetzgebung haben.» Sein Parteikollege Thomas Lageder ging mit ihm einig: «Die Verfassung ist der richtige Ort. Sie gibt uns die Richtschnur für unser Handeln auf.» Durch den Zusatz werde der Gesetzgeber in die Pflicht genommen.

## Am Ende entscheidet allein das Volk

Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU) zeigte sich nicht überzeugt: «Dass wir Frauen immer noch im Hinter-

treffen sind, liegt meiner Ansicht nach nicht an der Verfassung, den Gesetzen oder den Verordnungen, sondern zu einem grossen Teil auch an uns Frauen selbst.» Sie fragte sich, weshalb man die Frauen «verfassungsrechtlich dazu verdonnern soll, sich mit einem Thema auseinandersetzen zu müssen, welches ihnen nicht behagt?». Ihr Lösungsvorschlag liegt jedoch nicht in der Verfassungsänderung, sondern unter anderem am Weiterarbeiten an «so wichtigen Punkten wie Lohngleichheit zwischen Frau und Mann, besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch bezahlbare ausserhäusliche Kinderbetreuung.» Dadurch könne der Frau der Weg in die politische Tätigkeit geebnet werden.

Zu guter Letzt erklärte sie wie zuvor bereits Susanne Eberle-Strub (FBP): «Bei der Besetzung politischer Ämter zählt nicht das Geschlecht, sondern die Fähigkeit und Leistung und letztlich alleine der Wille des Volkes. Das nennt sich dann Demokratie.»

Susanne Quaderer